



ver.di Bezirk Bochum-Herne
Öffentlicher Dienst : Bund/Gemeinden
Tarifkonferenz 26.11.2009

Bochum/Herne, 26. November 2009

Forderungsbeschluss des Bezirks Bochum-Herne zur Tarifrunde Öffentlicher Dienst (Bund/Gemeinden) 2010:

Die ver.di- Tarifkonferenz Bochum-Herne fordert für die Tarifrunde 2010 im öffentlichen Dienst (Bund/Gemeinden):

- **Tabellenwirksamer monatlicher Sockelbetrag von 100 € plus 5 % lineare Erhöhung der Entgelte**
- **Stufenweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich**
- **Streichung der leistungsorientierten Bezahlung (§ 18 TVöD/LOB) bei gleichzeitiger Aufstockung der Jahressonderzahlung auf 100 %.**
Für NRW: Besitzstandsregelung BZTG
- **Zeitliche Verlängerung der tariflichen Altersteilzeitregelungen bzw. Schaffung neuer tariflicher Altersübergangsregelungen**
- **Absicherung und Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge (z.B. VBL/ZKW)**
- **Fortsetzung der Verhandlungen für eine neue Entgeltordnung zum TVöD mit dem Ziel, mit Ablauf des Jahres 2014 zu einer umfassenden Neuregelung zu kommen. Bis dahin Verlängerung der Bewährungs- und Fallgruppenaufstiege**
- **Bonusregelung nur für ver.di-Mitglieder in Form von 5 zusätzlichen Urlaubstagen oder eine einmalige tarifliche Sonderzahlung**
- **Streichung der EG 1 und Überleitung der Betroffenen in EG 2 TVöD**
- **Abschluss eines Gesundheits-TVs für alle (demografische Entwicklung)**
- **Auszubildende: Erhöhung der monatlichen Ausbildungsvergütung um 100 €. Verbindliche unbefristete Übernahmeregelung. Fahrtkostenerstattung für Berufsschulbesuche**
- **Laufzeit der Vereinbarung zum Entgelt und Azubi-Vergütung von 12 Monaten**
- **Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Bundesbeamten/innen und auf die DO-Angestellten. Reduzierung der Arbeitszeit auf das Niveau der Arbeitnehmer/innen!!!**

Begründung :

I. Arbeitnehmereinkommen erhöhen – Nachfrage in der Krise stärken

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Reallöhne im 1. Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahr um 0,4% gesunken. Die gezahlten Reallöhne sinken effektiv! Dies übrigens nicht erst in diesem Jahr: Von 2000 bis 2008 sind die Arbeitnehmerentgelte in Deutschland preisbereinigt um 9% zurückgegangen. Die



ver.di Bezirk Bochum-Herne
Öffentlicher Dienst : Bund/Gemeinden
Tarifkonferenz 26.11.2009

Lohnquote ist inzwischen auf einem historischen Tiefstand angelangt. Weitere Lohnkürzungen wären nicht nur problematisch für die Beschäftigten, sie wären auch Gift für die wirtschaftliche Entwicklung. Es ist in der ökonomischen Debatte mittlerweile weitgehend unstrittig, dass die im internationalen Vergleich extrem schwache Lohnentwicklung in Deutschland in den vergangenen Jahren krisenverschärfend gewirkt hat. Niedrige Löhne sind also Teil des Problems und nicht dessen Lösung. Es muss gelingen, die Realeinkommen der Beschäftigten bei Bund und Gemeinden zu stabilisieren und zu steigern. Gerade in der jetzigen Krise mit ihrem starken Nachfrageeinbruch auf den Exportmärkten, kommt der Tarifpolitik eine wichtige konjunktur-stabilisierende Aufgabe zu.

Reallohnsteigerungen wirken auch der Gefahr einer deflationären Entwicklung entgegen. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist nicht durch zu hohe Löhne erzeugt worden. Daher lässt sich auch durch Lohnopfer nicht das Wirtschaftswachstum ankurbeln und insgesamt ein Jobaufbau bewirken.

Auch der Zusammenbruch der Finanzmärkte, der sich jetzt im Abbau von Arbeitsplätzen fortsetzt, ist nicht das Ergebnis zu hoher Tarifabschlüsse. Vielmehr haben die unverhältnismäßigen Renditeforderungen rücksichtsloser Anleger zum Debakel geführt. Mit der moderaten Lohnpolitik zugunsten der internationalen Konkurrenzfähigkeit ist am Ende die binnenwirtschaftliche Konsumnachfrage zusätzlich geschwächt worden.

II. Wochenarbeitszeit stufenweise verkürzen – Arbeit umverteilen

Die Forderung nach einer stufenweisen Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich ist angesichts von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nach wie vor richtig und notwendig. Die Gewerkschaften müssen aus der Defensive der letzten Jahre herauskommen, weitere Arbeitszeitverlängerungen abwehren und das gewachsene Arbeitsvolumen umverteilen.

III. Verlängerung der tariflichen Altersteilzeitregelungen

Gerade vor dem Hintergrund längerer Lebensarbeitszeit und einem enormen Anstieg von Arbeitsbelastungen und Stress ist die Altersteilzeit ein Instrument, welches diese erschwerten Bedingungen für unsere älteren Kolleginnen und Kollegen abmildern kann. Die Altersteilzeit sollte daher so lange wie möglich erhalten bleiben.

IV. Leistungsentgelt

Der § 18 TVöD (Leistungsentgelt) hat sich als eine zwischenmenschliche Katastrophe erwiesen, spaltet die Beschäftigten und fördert bestenfalls Zwietracht und Neid, führt - auch vor dem Hintergrund einer enormen Arbeitsverdichtung - mit Sicherheit aber nicht zu einer Leistungssteigerung.

V. Absicherung und Ausbau der betrieblichen Altersversorgung

Die Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit und die fortlaufenden Kürzungen der gesetzlichen Rentenversicherung sorgen dafür, dass Altersarmut keine Seltenheit mehr ist. Auch für viele unserer zukünftigen Rentner, die aus dem öffentlichen Dienst kommen, wird es da keine Ausnahme geben. Daher steht der öffentliche Arbeitgeber in einer besonderen Verpflichtung gegenüber seinen Beschäftigten. Will er nicht, dass sie später bei ihm Sozialhilfe beantragen müssen, muss er jetzt dafür sorgen, dass sie ein vernünftiges Auskommen haben. Deshalb ist es dringend erforderlich, die betriebliche Altersvorsorge (VBL/ZKW) weiter auszubauen. Da auch Beamte/innen von Kürzungen bei der Versorgung betroffen sind, sollte über Möglichkeiten einer zusätzlichen Arbeitgeberbeteiligung an der privaten Altersvorsorge nachgedacht werden

VI. Bonusregelung für ver.di-Mitglieder

Es ist dringend notwendig, Nichtmitgliedern zu zeigen, dass es weder selbstverständlich noch naturgegeben ist, tarifliche Standards zu verteidigen oder in den Genuss tarifvertraglicher Zuwächse zu kommen. Es sind die Gewerkschaften, die mit Mitgliedsbeiträgen und unserer tatkräftigen Unterstützung für diese Zuwächse sorgen. Es ist daher wichtig, diejenigen zu belohnen, die ihren Beitrag hierzu leisten und diejenigen leer ausgehen zu lassen, die dazu nicht bereit sind. 5 Tage zusätzlicher Urlaub oder eine entsprechende Einmalzahlung wären ein deutliches Signal an alle Trittbrettfahrer/innen.

Für die Durchsetzung dieser Forderungen erklären wir unsere uneingeschränkte Kampf- und Streikbereitschaft !